

Zinswetten werden zum Milliardenrisiko

Tausende Kommunen haben in den vergangenen Jahren riskante Geschäfte mit den Banken abgeschlossen. Für die Steuerzahler könnte das richtig teuer werden.

Hannes Vogel
Düsseldorf

Den deutschen Steuerzahlern droht ein Milliardenrisiko. Der Grund dafür sind riskante Zinsgeschäfte, die Tausende Städte und Kommunen in den vergangenen Jahren mit Banken abgeschlossen haben. Auf Drängen des Bundestags haben die Finanzkonzerne nun erstmals Zahlen zum Umfang dieser Geschäfte vorgelegt: Laut einem Schreiben, das der Zentrale Kreditausschuss (ZKA) Ende Juli an den Finanzausschuss des Bundestags gesandt hat und das dem Handelsblatt vorliegt, bestanden Ende 2010 Wetten zwischen Banken und Kommunen mit einem Gesamtwert von 63,7 Milliarden Euro.

Experten sind besorgt

Zwar geht aus den Angaben nicht hervor, wie hoch der aktuelle Marktwert und damit das tatsächliche Risiko der Geschäfte ist. Das Verlustrisiko für die öffentlichen Haushalte dürfte aber im zweistelligen Milliardenbereich liegen, sagte eine mit der Materie vertraute Person.

Bereits im März waren die Zinsgeschäfte Thema vor dem Bundesge-

richtshof (BGH) in Karlsruhe. Die Deutsche Bank wurde damals verurteilt, Schadensersatz von 540 000 Euro an die Ille GmbH, einen kleinen Hersteller von Hygieneartikeln, zu zahlen. Die Bank habe bei dem Zinsgeschäft („Spread-Ladder-Swap“) die Gewinnformel so festgelegt, dass sie in jedem Fall ihre Gewinnmarge verdiene, und das dem Kunden nicht gesagt.

Die BGH-Entscheidung zog wegen des großen Aufsehens eine Anhörung im Bundestag nach sich. Deutsche-Bank-Vorstand Jürgen Fitschen musste persönlich anreisen, um den Abgeordneten seine Sicht auf die umstrittenen Zinswetten zu erklären. Der Finanzausschuss forderte die Banken daraufhin auf, den Umfang ihrer Geschäfte mit den Kommunen zu beziffern.

Die mehr als 60 Milliarden Euro, die die Kommunen im Feuer haben, sind vereinbart in genau 1 556 Rahmenverträgen von Banken mit Kommunen und 1 104 weiteren Rahmenverträgen mit kommunalen Unternehmen oder Zweckverbänden. Bei Experten löst die Summe Besorgnis

aus. Ein Insider geht davon aus, dass es sich bei mindestens zwei Dritteln der Geschäfte um komplexe Zinswetten handelt, mit denen Kommunen wie Hagen oder Pforzheim bereits Millionen verloren haben. Etwa die Hälfte dieser Zinsgeschäfte dürfte inzwischen große Verluste gemacht haben, meint der Ex-Banker. Damit ergäbe sich für die Kommunen ein Gesamtrisiko von rund 21 Milliarden Euro.

„20 Prozent aller kommunalen Zinsgeschäfte sind als verlustträchtig einzuordnen.“

Experten der
Sachsen Asset Management

Selbst nach vorsichtigeren Schätzungen drohen dem Steuerzahler aus diesen Zinswetten Milliardenrisiken: In Sachsen sind rund 20 Prozent aller kommunalen Zinsgeschäfte als hochspekulativ und verlustträchtig einzuordnen, schätzt die Sachsen Asset Management (SAM), die im Freistaat öffentliche Kunden bei Finanzdienstleistungen berät. SAM hat Daten analysiert, die das sächsische Innenministerium erhoben hat. Wenn bundesweit ähnlich viele Zinsgeschäfte zu Verlusten führen wie im Freistaat, müssten die Steuerzahler für rund 13 Milliarden Euro geradestehen.